

Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel

Einführung und Begriffsbestimmung 23

- A. Anlass der Untersuchung 23
- B. Staatsschutz als Grundlage des Untersuchungsgegenstands 25
- C. Gang der Untersuchung 28

Zweites Kapitel

Ausgewählte Problemkreise bei der Gewährleistung eines effektiven Grundrechtsschutzes im Bereich des Staatsschutzes 31

- A. Auswirkungen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers im Strafrecht auf
die verfassungsrechtliche Kontrolldichte 31
- B. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression 34
- C. Zentralisierungstendenzen bei der Verwaltungsorganisation 38
- D. Quantität von Grundrechtseingriffen und kumulative Belastungen 41
- E. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe 45

Drittes Kapitel

Verfassungsrechtliche Maßstäbe zur Bewältigung dieser Herausforderungen 49

- A. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutzrecht 49
- B. Formelle Grenzen des Staatsschutzes 93
- C. Materielle Grenzen des Staatsschutzes: Der additive Grundrechtseingriff . . . 138
- D. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe 185

Viertes Kapitel

Anwendung der Untersuchungsergebnisse auf die vorangestellten Problemkreise 207

- A. Ineffektivität des gerichtlichen Rechtsschutzes im Ermittlungsverfahren . . . 207

B. Formelle Verfassungsmäßigkeit der §§ 89a ff., 91 StGB	215
C. Darstellung der Reichweite des Gebots der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten	224

Fünftes Kapitel

Endergebnis und Ausblick	254
---------------------------------------	-----

A. Ergebnisse der Untersuchung	254
B. Zusammenfassung in Thesen	259

Literaturverzeichnis	266
-----------------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	281
-----------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel

Einführung und Begriffsbestimmung 23

- A. Anlass der Untersuchung 23
- B. Staatsschutz als Grundlage des Untersuchungsgegenstands 25
- C. Gang der Untersuchung 28

Zweites Kapitel

Ausgewählte Problemkreise bei der Gewährleistung eines effektiven Grundrechtsschutzes im Bereich des Staatsschutzes 31

- A. Auswirkungen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers im Strafrecht auf die verfassungsrechtliche Kontrolldichte 31
- B. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression 34
- C. Zentralisierungstendenzen bei der Verwaltungsorganisation 38
- D. Quantität von Grundrechtseingriffen und kumulative Belastungen 41
- E. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe 45

Drittes Kapitel

Verfassungsrechtliche Maßstäbe zur Bewältigung dieser Herausforderungen 49

- A. Verfassungsrechtliche Maßstabsbildung im Staatsschutzrecht 49
 - I. Staatsschutz als Gut von Verfassungsrang? 50
 - 1. Staatsschutz im engeren Sinne 51
 - a) Die Rechtsprechung des BVerfG von den qualifizierten Rechtsgütern 52
 - b) Selbstbindung des Gesetzgebers durch Strafrecht? 55
 - c) Beschreibung der Maßstäbe als „Prinzip der Folgerichtigkeit“ ... 56
 - aa) Der Grundgedanke: Interpretationsprimat des Gesetzgebers . 56
 - bb) Die These und ihre Abgrenzung zum Diskurs um eine Pflicht des Gesetzgebers zu folgerichtigem Handeln 60
 - cc) Einwände gegen das Prinzip der Folgerichtigkeit 62
 - (1) Normenhierarchie 62

(2) Bundesstaatsprinzip	63
(3) Demokratieprinzip	63
d) Subsumtion: Qualifizierte Rechtsgüter nach Maßgabe der gesetz- geberischen Wertungen des Strafgesetzbuchs	64
2. Staatsschutz im weiteren Sinne	66
a) Schutz des Ansehens staatlicher Institutionen	67
aa) Der Ehrschutz von Individuen	67
bb) Der Schutz des Ansehens als staatsorganisationsrechtlicher Belang	68
b) Öffentlicher Friede	70
aa) Entwicklung des Friedensbegriffs als historischer Ursprung des Staatsschutzes	70
bb) Kriterien der Rechtsprechung des BVerfG für eine Störung des öffentlichen Friedens	73
cc) Schutz des staatlichen Gewaltmonopols als überindividueller Belang?	74
dd) Zwischenergebnis	75
c) Wehrhafte Demokratie und freiheitliche demokratische Grundord- nung	76
aa) Normativer Gehalt der wehrhaften Demokratie?	76
bb) Das Institut der wehrhaften Demokratie in der Rechtspre- chung des BVerfG	77
cc) Freiheitliche demokratische Grundordnung als eigentliches Schutzgut	78
dd) Zwischenergebnis	80
3. Zwischenergebnis zu den materiellen Maßstäben im Staatsschutz ...	81
II. Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts	81
1. Gründe für eine eingeschränkte verfassungsgerichtliche Kontrolle in der Rechtsprechung des BVerfG	82
a) Einschränkung des Prüfungsmaßstabs aus materiell-rechtlichen Gründen	82
b) Einschränkung des Prüfungsmaßstabs aus prozessualen Gründen ..	84
2. Anwendung dieser Grundsätze auf sicherheitsrechtliche und strafpro- zessuale Befugnisnormen	85
a) Intensivierte inhaltliche Kontrolle durch das BVerfG	85
b) Bewertung des von der Rechtsprechung zugrunde gelegten Prü- fungsmaßstabs	87
3. Verfassungsgerichtlicher Prüfungsmaßstab im Strafrecht	88
III. Fazit	92
B. Formelle Grenzen des Staatsschutzes	93
I. Aufweichen der Grenzen von Prävention und Repression: Die Reichwei- te der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht	93
1. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Kompetenz des Bundes für die Maßregeln der Besserung und Sicherung gem. Art. 74 I Nr. 1 GG ...	95

a) Zweispurigkeit des strafrechtlichen Sanktionensystems	95
b) Weite Auslegung des Art. 74 I Nr. 1 GG bei den Maßregeln der Besserung und Sicherung	96
c) Folgeentscheidung des BVerfG zum ThUG	97
d) Kritik an der Weite der Auslegung des Art. 74 I Nr. 1 GG	98
2. Der Unterschied zwischen den Maßregeln der Besserung und Sicherung und der Problematik des neuen Staatsschutzstrafrechts	101
3. Die Wesensmerkmale des verfassungsrechtlichen Strafrechtsbegriffs nach Art. 74 I Nr. 1 GG	104
a) Die Rechtsfolgen strafrechtlicher Sanktionen als Ausgangspunkt des verfassungsrechtlichen Strafrechtsbegriffs	105
b) Das sozialetische Unwerturteil als Besonderheit strafrechtlicher Sanktionen	107
c) Legitimierung außergewöhnlicher Rechtsfolgen durch das Schuld- prinzip	109
d) Erfordernis eines Mindestmaßes an Erfolgsunrecht als Konse- quenz des Ausspruchs eines mit staatlicher Autorität versehenen Unwerturteils	110
4. Zwischenergebnis	114
II. Die Gewaltenteilung als Schranke der Verwaltungsorganisation	115
1. Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten als Verfassungsprinzip	116
a) Art. 20 II 2 GG als ein normativer Bezugspunkt des Gewaltentei- lungsprinzips	116
b) Zur Bedeutung des Art. 20 II 2 GG für die Beratungen des Parla- mentarischen Rates	117
c) Gewaltenteilung als abstrakter Grundrechtsschutz	122
d) Erscheinungsformen der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten	127
e) Bedeutung der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten für den Staatsschutz	129
2. Das Trennungsprinzip als ein Anwendungsfall interner Gewaltentei- lung	132
3. Einwände gegen das Postulat einer Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten	134
a) Demokratieprinzip	134
b) Gewaltenteilung als gegenseitige Kontrolle	135
c) Gesamtverantwortung der Regierung	136
4. Zwischenergebnis	137
III. Fazit	137
C. Materielle Grenzen des Staatsschutzes: Der additive Grundrechtseingriff ...	138
I. Die dogmatische Einordnung des additiven Grundrechtseingriffs	139
1. Der additive Grundrechtseingriff als Ausprägung der Abwehrdimen- sion der Grundrechte?	140
2. Eigenständige Abwehrfähigkeit einer Belastungskumulation?	141

3. Der additive Grundrechtseingriff als Ausprägung des Grundrechtsschutzes durch Organisation und Verfahren	143
4. Die quantitative Wesensgehaltsprüfung als weitere Erscheinungsform des additiven Grundrechtseingriffs	145
a) Zum Begriff des Wesensgehalts in Art. 19 II GG	146
b) Der additive Grundrechtseingriff im Rahmen von Art. 19 II GG	147
c) Eigenständiger Anwendungsbereich des Art. 19 II GG jedenfalls bei rein unionalen Sachverhalten	148
5. Zwischenergebnis	149
II. Die tatbestandlichen Voraussetzungen	149
1. Anforderungen an die Konnexität der Einzeleingriffe	150
a) Grundrechtsidentität	150
b) Zeitidentität	153
c) Zweckidentität	154
d) Voraussetzungen im Rahmen von Art. 19 II GG	155
2. Der additive Grundrechtseingriff im Bundesstaat	156
3. Zwischenergebnis	159
III. Fallgruppenorientierte Leitlinien für die Subsumtion	159
1. Gleichgerichtete Maßnahmen	160
2. Umgehung verfassungswidriger Ergebnisse durch Einzelmaßnahmen	161
a) Die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne als Ausgangspunkt der Fallgruppe	161
b) Veranschaulichung der Fallgruppe anhand der Problematik einer übermäßigen Belastung durch Steuern	161
c) Die Vermögensteuer als konkretes Beispiel nach G. Kirchhof	163
d) Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf Maßnahmen des Staatsschutzes	164
3. Persistenz	165
4. Omnipräsenz	167
IV. Rechtsfolgen eines verfassungswidrigen additiven Grundrechtseingriffs	169
1. Die Rüge der unzulässigen Gesamtbelastung am Beispiel der Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 I Nr. 4a GG	169
a) Streitgegenstand und Antragsbindung	169
aa) Definition des Streitgegenstands im Verfassungsbeschwerdeverfahren	170
bb) Reichweite des Streitgegenstands in der Rechtsprechung zu den Gleichheitsrechten und zur steuerlichen Gesamtbelastung	171
cc) Übertragung dieser Grundsätze auf den additiven Grundrechtseingriff	173
b) Entscheidungsinhalt und Rechtskraft	174
aa) Urteilsverfassungsbeschwerde	174
bb) Verfassungsbeschwerde gegen ein Gesetz i. S. d. § 95 III 1, 2 BVerfGG	175

c) Frist gem. § 93 BVerfGG	176
d) Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität	177
e) Zwischenergebnis	178
2. Rücksichtnahmepflichten im Gesetzgebungsverfahren	178
3. Pflicht der Exekutive zur Behördenkoordination	180
V. Fazit	184
D. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe	185
I. Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland für die Gewährleistung des Grundrechtsschutzes im Falle einer Kooperation mit anderen Staaten	186
1. Originäre Grundrechtseingriffe der deutschen Staatsgewalt	187
2. Grundrechtseingriffe durch die Mitwirkung an ausländischen Staatshandlungen	188
a) Kriterien für die grundrechtliche Verantwortlichkeit der deutschen Staatsgewalt	188
b) Reichweite einer mittelbaren Verantwortlichkeit für trans- und supranationale Grundrechtseingriffe	190
c) Abgrenzung zur Reichweite des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts	192
3. Schutzpflichten im transnationalen Kontext	193
II. Einbeziehung trans- und supranationaler Grundrechtseingriffe im Rahmen des additiven Grundrechtseingriffs	194
1. Gründe für die Berücksichtigung trans- und supranationaler Grundrechtseingriffe bei kumulativen Belastungen	194
2. Ergänzende Voraussetzungen des additiven Grundrechtseingriffs	196
3. Rechtsfolgen des additiven Grundrechtseingriffs in Bezug auf trans- und supranationale Grundrechtseingriffe	198
a) Verhältnismäßigkeit der nationalen Einzelmaßnahmen	198
b) Konsequenzen für das Strafprozessrecht	199
c) Verfahrensrechtliche Auswirkungen des additiven Grundrechtseingriffs	203
III. Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 II GG bei rein unionalen Sachverhalten	204
IV. Fazit	205

Viertes Kapitel

Anwendung der Untersuchungsergebnisse auf die vorangestellten Problemkreise 207

A. Ineffektivität des gerichtlichen Rechtsschutzes im Ermittlungsverfahren	207
I. Der Beurteilungsspielraum der Staatsanwaltschaft im Kontext von Staatsschutzstrafsachen	208
II. Reichweite des Beurteilungsspielraums der Staatsanwaltschaft	209

III. Verfassungskonforme Auslegung unter besonderer Berücksichtigung des Prinzips der Folgerichtigkeit	211
1. Formell-gesetzliche Grundlage für einen Beurteilungsspielraum? ...	211
2. Sachgründe für einen Beurteilungsspielraum der Staatsanwaltschaft? ..	212
3. Intensivierte inhaltliche Kontrolle infolge des Verhältnismäßigkeitsprinzips	214
IV. Ergebnis	215
B. Formelle Verfassungsmäßigkeit der §§ 89a ff., 91 StGB	215
I. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB	216
II. Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89b StGB	219
III. Terrorismusfinanzierung gem. § 89c StGB	220
IV. Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 91 StGB	222
V. Ergebnis	223
C. Darstellung der Reichweite des Gebots der Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten	224
I. Die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei	224
II. Die Stellung des Bundeskriminalamts	230
1. Aufgaben und Befugnisse des BKA	230
2. Verfassungsrechtlicher Nachrichtendienstbegriff	232
a) Organisationsform und Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel? ..	232
b) Transparenz und individueller Rechtsschutz	233
c) Tätigkeit im Vorfeld konkretisierter Gefahren	235
d) Keine operativen Anschlussbefugnisse	236
3. Subsumtion für den Fall des BKA	237
III. Die Binnenorganisation der Nachrichtendienste	239
1. Die Dreiteilung in BND, Verfassungsschutz und MAD	240
a) Der BND	241
b) Der Verfassungsschutz	242
c) Der MAD	244
2. Unterschiedliche Herausforderungen bei der Tätigkeit von Inlands- und Auslandsnachrichtendiensten	245
a) Der Verfassungsschutz zwischen Regierung und Freiheit des politischen Wettbewerbs	245
b) Die Kooperation des BND mit ausländischen Staaten	246
3. Trennungsprinzip auch unter den Nachrichtendiensten?	248
IV. Ergebnis	251

Fünftes Kapitel

Endergebnis und Ausblick	254
A. Ergebnisse der Untersuchung	254
I. Verfassungsrechtliche Maßstababildung im Staatsschutz	254
II. Formelle Grenzen des Staatsschutzes	255
III. Materielle Grenzen des Staatsschutzes	257
IV. Ausblick	257
B. Zusammenfassung in Thesen	259
I. Verfassungsrechtliche Maßstababildung im Staatsschutzrecht	259
II. Formelle Grenzen des Staatsschutzes	260
III. Materielle Grenzen des Staatsschutzes	261
IV. Trans- und supranationale Grundrechtseingriffe	264
Literaturverzeichnis	266
Stichwortverzeichnis	281